Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 582. Abendblatt. Donnerstag, den 12. Dezember 1867.

Deutschland.

Berlin, 11. Dezember. Se. Majestät der König nahm Mittwoch Vormittag die Vorträge der beiden Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Geh. Kabinetsraths v. Mühler, des Geh. Hofrathes Bork entgegen, und empfing alsdann den Grafen Brühl-Pfördten, welcher die Orden des verstorbenen General-Lieutenants a. D., Grafen Wilhelm von Brühl, überreichte. Mittags machte Se. Maj. der König eine Ausfahrt und besuchte in der Bernburgerstraße das Atelier des Professors Heyde, welcher im Auftrage Sr. K. H. des Kronprinzen ein Bild ausgeführt hat, das den Moment darstellt, wo die 1. und 2. Armee sich bei den beiden Linden zu Horeniowes vereinigen.

— Nach der bevorstehenden Beglaubigung preußischer Botschafter und Gesandten als solcher des norddeutschen Bundes bei den europäischen Höfen werden, wie man glaubt, auch die hiesigen Botschafter und Gesandten neue Beglaubigungsschreiben bei dem Bundespräsidium überreichen. Damit wird auch die Frage der Anerkennung des norddeutschen Bundes Seitens der übrigen Mächte ihre Erledigung finden.

— Die am 7. d. M. zu Prenzlau stattgehabte Wahl eines dem Könige zu präsentirendes Mitgliedes des Herrenhauses für den alten und befestigten Grundbesitz der Uckermark an Stelle des verstorbenen Mitgliedes v. Winterfeld-Kutzerow fiel auf den Ritterschaftsdirektor v. Winterfeld auf Damerow.

— Es wird jetzt für unmöglich gehalten, die Budgetberathung in beiden Stadien vor dem 1. Januar zu erledigen. Die Vertagung der Verhandlungen des Landtages wird am 21. d. M. eintreten und bis zum 6. Januar k. J. dauern. Man glaubt allgemein, daß die Session bis in den Februar hinein währen wird, namentlich, da noch eine ganze Reihe der wichtigsten Vorlagen zu erwarten ist.

— Nach einer Zusammenstellung der in den Etats für 1868 in Ansatz gebrachten Gehalts-Erhöhungen für die höheren Beamten sollen erhalten: Der Präsident des Staatsministeriums und 8 Minister, welche gegenwärtig ein Gehalt von 10,000 Thlr. beziehen, künftig 12,000 Thlr., mithin 18,000 Thlr. mehr; 1 Chefpräsident der Ober-Rechnungs-Kammer, welcher gegenwärtig ein Gehalt von 6000 Thlr. bezieht, künftig 7000 Thlr., mithin 1000 Thlr. mehr; ferner ein Erster Präsident der Obertribunals, gegenwärtiges Gehalt 6000 Thlr., künftiges 7000 Thlr., mithin 1000 Thlr. mehr; 11 Oberpräsidenten, gegenwärtiges Gehalt 6000 Thlr., künftiges 7000 Thlr., mithin 11,000 Thlr. mehr; 1 Unterstaatssekretär im Ministerium der geistlichen zc. Angelegenheiten, gegenwärtiges Gehalt 4000 Thlr., künftiges 4500 Thlr., mithin 500 Thlr. mehr; 10 Ministerialdirektoren, gegenwärtiges Gehalt 4000 Thlr., künftiges 4500 Thlr., mithin 5000 Thlr. mehr; 2 Ministerialdirektoren (1 im Minist. der geistl. zc. Angelegenheiten und 1 im Minist. des Innern) und der Direktor der Hauptverwaltung der Staatsschulden, gegenwärtiges Gehalt 3500 Thlr., künftiges 4000 Thlr., mithin 1500 Thlr. mehr; Geheimer Kabinetsrath, gegenwärtiges Gehalt 4000 Thlr., künftiges 4500 Thlr., mithin 500 Thlr. mehr; Präsident des evangel. Oberkirchenraths, gegenwärtiges Gehalt 4000 Thlr., künftiges 4500 Thlr., mithin 500 Thlr. mehr; 3 Vizepräsidenten des Obertribunals, gegenwärtiges Gehalt 3500 Thlr., künftiges 4000 Thlr., mithin 1500 Thlr. mehr; 1 General-Staats-Anwalt des Obertribunals, gegenwärtiges Gehalt 3500 Thlr., zukünftiges 4000 Thlr., mithin 500 Thlr. mehr; 2 Direktoren der Oberrechnungskammer, gegenwärtiges Gehalt 3000 Thlr., zukünftiges 3300 Thlr., mithin 600 Thlr. mehr. Die Mehrausgaben an Gehalt für die obengenannten 44 Beamten beläuft sich somit auf 41,600 Thaler.

— Die bereits erwähnte Petition des Vereins „Berliner Presse" an das Abgeordnetenhaus lautet:

Hohes Abgeordnetenhaus! Die Unterzeichneten, Redakteure und Mitglieder preußischer Zeitungen und Mitglieder des Vereins „Berliner Presse" erlauben sich dem hohen Abgeordnetenhause die ergebenste Bitte vorzutragen, Hochdasselbe möge sich auf das Dringendste angelegen sein lassen, daß die seit dem Jahre 1852 noch immer in Kraft bestehende Stempelsteuer von politischen und Anzeigeblättern nun endlich beseitigt werde. Das hohe Haus hat in der vorjährigen Landtagssitzung beantragt, daß diese Steuer als eine drückende, unzweckmäßige und gehässige abgeschafft werde und mehrere Mitglieder haben mit beredtem Munde dargethan, daß keine Auflage so kulturwidrig sei und so im Widerspruche stehe mit den hohen nationalen und sittlichen Aufgaben Preußens, wie diese. Wir haben diesen wohlbegründeten Ausführungen Nichts hinzuzusetzen. Seit der Erfindung und Einführung dieser Steuerart sind die schweren Nachtheile, welche sie der Volksbildung durch erzwungene Raumbeschränkung und durch Vertheuerung der Zeitungen bringt, leider oft genug vergeblich in das Licht gesetzt worden. Die Steuer wird zur Strafe für diejenigen Blätter, die durch genaue Mittheilung des Wissenswerthen, durch ausführliche Wiedergabe der für das Publikum wichtigen Verhandlungen, durch möglichst ausgearbeitete Veröffentlichung von Gesetzen, Aktenstücken, wohlthätigen Anzeigen u. s. f. dem Staate und der Nation dienen wollen. Noch nie traten die merkwürdigen Folgen dieser Steuer so grell hervor, als im vorigen Jahre, als die Redaktionen, um ihren Lesern die Listen der Verwundeten und Gefallenen von ruhmreichen Schlachtfeldern zu bringen, die größten Opfer an Steuer übernehmen mußten. Seit einigen Monaten ist die Stempelsteuer nun auch in den neuerworbenen Provinzen eingeführt worden und es ist leicht zu ermessen, mit welchen Gefühlen die in jenen Ländern unbekannte Auflage aufgenommen wurde, mit welcher Schwere sie die Zeitungen getroffen hat, die doch wenigstens ein unbestritttenes Verdienst darum haben, daß die Bevölkerung für die neuen Zustände sich empfänglich zeigte. Wir sind der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß das hohe Haus in allen seinen Theilen darauf Bedacht sein wird, eines der wichtigsten Kulturmittel unserer Zeit von dieser zweckwidrigen Last der Stempelsteuer zu befreien und ihm seine ungebundene Bewegung und Wirksamkeit zurückzugeben. Der Ertrag, den die Steuer dem Staate abwirft, steht in keinem Verhältniß zu dem Schaden, den sie bringt, und zu dem moralischen Nachtheil, welcher dem preußischen Staate im In- und Auslande daraus erwächst, daß er diese Steuer fortbestehen läßt und für neue Provinzen in Kraft setzt. Wir hoffen keine Fehlbitte zu thun, wenn wir dem hohen Hause diese Angelegenheit, die uns nicht allein, sondern das ganze preußische Volk betrifft, warm und dringend an das Herz legen und ergebenst darum ersuchen: das hohe Haus wolle mit allen Kräften dahin wirken, daß die Stempelsteuer von politischen und Anzeigeblättern möglichst bald abgeschafft werde.

Berlin, 11. Dezbr. (Haus der Abgeordneten.) 14. Sitzung. (Schluß.) Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den unterm 18. Juli d. J. mit Waldeck abgeschlossenen Vertrag wegen Uebertragung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont an Preußen. Referent, Abg. Dr. v. Bunsen, beantragt: 1) dem Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen und 2) der K. Staatsregierung gegenüber die Erwartung auszusprechen, sie werde die vollständige Vereinigung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont mit Preußen auf Grund des Art. 2 der Verfassung bald herbeizuführen wissen. Nachdem der Referent diesen Antrag näher begründet, beantragt der Abg. Bassenge hinter dem Worte „Verfassung" die Worte zu setzen: „Im Einverständnisse mit der Landesvertretung dieser Fürstenthümer bald herbeizuführen. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck erörtert die Gründe, welche es Preußen zu einer Ehrenpflicht machten, den kleineren Staaten es möglich zu machen, in dem Verhältniß des norddeutschen Bundes bestehen zu können. Zu diesem Behufe sei nach Analogie der früheren Militär- und Justiz-Konventionen eine Art administrativer Konventionen geschaffen worden, durch welche den kleineren Staaten das Verhältniß zu dem norddeutschen Bunde ermöglicht werde. Nach der Bundesverfassung sei die Souveränetät der einzelnen Fürsten garantirt. Politisch bedürfe Preußen weiter nichts, als was der Vertrag gebe, und mehr zu erstreben, sei ein politischer Fehler, der sich selbst bestrafe. Werde der vom Referenten vorgeschlagene Weg verfolgt, so könne Preußen in kurzer Zeit eine geborene Majorität im Bundesrath haben, und was bezwecke dann noch der „Bund". Es müsse so bleiben, daß die außerhalb des Präsidiums stehenden Staaten im Stande seien, eine Majorität herbeizuführen. Durch den Antrag werde ein Mißtrauen hervorgerufen werden. Dasselbe könne nur durch strenges Festhalten an der Bundesverfassung beseitigt werden. Angesichts der größeren politischen Rücksichten gebe er anheim, an die Zahl der bestehenden Souveränetäten nicht zu rühren und deshalb Antrag 2 abzulehnen.

Abg. v. Windhorst erklärt, daß er nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten für den Vertrag stimmen werde. — Abg. Dr. Leite spricht für den Antrag des Referenten, Abg. Graf Bethusy-Huc dagegen. — Abg. Twesten: Ich habe nur das Wort ergriffen, um mich dagegen zu verwahren, daß aus unserer heutigen Abstimmung für den Antrag ein Präcedenz gezogen werde. Ich finde es ungeheuerlich, daß der preußische Staat zur Aufrechthaltung der kleinen Staaten auf seine Kosten verpflichtet sein soll. (Hört!) Der Vertrag beweist, daß die Existenz der kleinen Staaten im Bunde unmöglich ist. — Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich habe bereits die Ansicht widerlegt, als ob durch den Vertrag dem preußischen Staat eine Last auferlegt würde, welche er bei der vollen Einverleibung nicht zu übernehmen hätte. Das Verhältniß bleibt genau dasselbe. Wenn der Vorredner sagt, daß es mit der Bundes-Verfassung verträglich sein würde, ohne Genehmigung des Bundesraths einen Souverain aus der Reihe der Bundesgenossen verschwinden zu lassen, so möchte ich als Bundeskanzler die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen. Im Namen der Bundesverfassung muß ich mich dagegen verwahren, daß die Existenz der Kleinstaaten unmöglich sein soll. Wir haben die Existenz garantirt und darum ist sie möglich. (Bravo.) — Die Abgg. Schulze und Dr. Waldeck verweisen hauptsächlich auf die Lasten, welche der norddeutsche Bund für Preußen mit sich führte. — Ministerpräsident Graf Bismarck: Die Klagen über die Lasten der Bundeseinrichtungen sind dieselben, wie ich sie schon acht Jahre lang vom Bundestage gehört habe. Es waren dies die Stimmen der Partikularisten und es sind hier die Stimmen der preußischen Partikularisten. (Sehr wahr!) Was bringen uns denn diese Lasten ein? Ich wundere mich, das gerade hervorgehoben zu sehen von einer Seite, welche für die individuelle Freiheit bereit ist, jedes Opfer zu bringen. Sollen wir denn kein Opfer für unsere staatliche Freiheit bringen? (Bravo.) Die Lasten setzen uns in den Stand, uns selbst zu schützen, ohne Hülfe Anderer. Soeben ist mir eine Kundgebung von 2000 Deutschen aus Südamerika zugegangen. Der deutsche Patriotismus kommt in Südamerika mehr zur Geltung als bei uns. Sind Ihnen solche Kundgebungen denn gleichgültig? Die Ehre, die staatliche Freiheit geht uns über Alles und dafür bringt selbst der Arme Opfer. (Bravo.) — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) gegen den Antrag 2, weil derselbe nicht die Rechte des norddeutschen Bundes wahre.

Die Diskussion wird geschlossen und die Spezialdebatte über Antrag 1 des Referenten und somit über die einzelnen Artikel des Vertrags eröffnet. Zu Art. 3 erhält das Wort Abg. Dr. Löwe: Die Kritik, welche der Herr Ministerpräsident an den Bundestag selbst gelegt hat, bestimmte uns im letzten Grunde, gegen die Bundesverfassung zu stimmen. Wir sahen in dem Stimmverhältnisse im Bunde, bei den sonstigen Bestimmungen der Verfassung, ein wesentliches Hinderniß für die Ausdehnung des Bundes über das ganze Deutschland. Wie das Verhältniß ist, ist allerdings Gefahr vorhanden, daß das Bundespräsidium leicht eine absolute Macht über die übrigen Staaten erhalten kann. Dies kann aber nur dadurch geändert werden, wenn eine größere Verfassungsreform erreicht wird, durch die vor allen Dingen konstitutionelle Bürgschaften hineingebracht werden. Nur eine freiheitliche Entwickelung der Bundesverfassung wird den Bundesstaaten die nothwendige Sicherheit gewähren. — Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Es würde zu weit führen, wenn ich heute die Vertretung des Bundesraths und seiner Zusammensetzung übernehmen wollte, und ich habe nur das Wort ergriffen, — weil mir schien, wenn ich richtig verstanden habe, — daß der Herr Abgeordnete sich selbst und seine Gesinnungsgenossen verletzt gefühlt hat durch die Reminiscenz an den Bundestag. Wenn er sich wirklich verletzt gefühlt hat, so thut mir das leid; es hat nicht in meiner Absicht gelegen, etwas Verletzendes zu sagen, wohl aber acceptire ich dies Gefühl als ein Zeugniß des immensen Fortschrittes, den wir in deutschen Einrichtungen gemacht haben. Wenn man sich schon durch die Erinnerung — denn eine Vergleichung war es nicht — an den Bundestag verletzt fühlt, dann bin ich sicher, daß Niemand durch eine Vergleichung mit den heutigen Bundes-Institutionen und durch eine Annäherung an dieselben sich jemals verletzt fühlen wird.

Abg. Dr. Virchow: Der Blick des Ministerpräsidenten auf die gesammte äußere Lage Deutschlands hat mit dem vorliegenden Vertrage Nichts zu thun. Wir protestiren hier als preußische Abgeordnete dagegen, daß auf Kosten der preußischen Steuerzahler die kleinen Fürsten erhalten, ja sogar in ihrer Lage verbessert werden. Da partikularistisch zu sein ist unsere Pflicht, und in Erfüllung derselben werde ich gegen den Vertrag stimmen, der nur den Aufsaugungsprozeß des kleinen Fürstenthums verzögert. — In der Spezialdiskussion über Antrag 2 des Referenten motivirt zunächst Abg. Bassenge das von ihm gestellte Amendement, das vielen Abgeordneten die Zustimmung zum ersten Antrage erleichtern werde. — Abg. Dr. Waldeck: Die Annexion ist ganz entschieden der Accession vorzuziehen. Wir wollen das Ungewöhnliche und Ungeheuerliche eines solchen Accessionsvertrags nicht als Regel und dauernd hinstellen, sondern als vorübergehend. Herr Braun begeht einen Widerspruch, wenn er sich als Freund der deutschen Einheit hinstellt und gleichzeitig die norddeutsche Bundesverfassung als das Höchste, was hierin erstrebt werden konnte, betont, während dieselbe doch noch sehr weit reformirt werden muß, ehe sie wirklich das einige Deutschland umfassen kann. — Abg. Braun (Wiesbaden): Ich leugne es nicht, daß die norddeutsche Verfassung noch reformbedürftig ist, aber sie ist entschieden ein Schritt vorwärts auf dem Wege der deutschen Einheit. Wenn nun die Verfassung auch reformbedürftig ist, so dürfen wir sie auf gesetzmäßigem Wege wohl reformiren, nicht aber brechen, so lange sie zu Recht besteht, nicht weiter annektiren ohne Zustimmung des Reichstages. Diejenigen aber, welche diese Keime, diese Anfänge der Einheit erschüttern wollen, sind eben keine Freunde der Einheit. — Abg. Dr. Waldeck: Ob ich oder mein Vorredner ein größerer Freund der deutschen Einheit bin, überlasse ich denen zu prüfen, die ihn und mich kennen. Ihn und mich unterscheidet wesentlich das, daß, wenn ich einmal eine Ansicht für richtig halte, ich auch alle Mittel zu benutzen suche, um sie durchzusetzen, während er sich sofort wieder zu dem bekennen kann, was seinem Prinzip widerstreitet, wenn es nur augenblicklich Nutzen zu bringen scheint. — Abg. Twesten: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich bei der Annexion sehr gern dieselben Kosten mit übernehmen würde, bei der Accession aber nicht. — Gegen die Deduktionen des Abg. Braun habe ich zu bemerken, daß nach meiner Rechtsanschauung über die Annexion eines anderen Staates an Preußen Niemand mitzusprechen hat, als die preußischen gesetzgebenden Faktoren und der Fürst und die Landesvertretung des anderen Staates; auf Grund der Bundesverfassung kann ein Einspruch dagegen nicht erhoben werden. Wenn zum Beispiel ein regierendes Haus ausstirbt, oder ein Souverän freiwillig auf die Krone verzichtet, so kann die Bundesverfassung es nicht verhindern, daß die zunächst erbberechtigte Linie succedirt. Der Bundesrath und Reichstag werden nur darüber zu entscheiden haben, wie die bisherige Führung der Stimme geordnet werden soll; ebenso ist es aber, wenn durch einen freiwilligen Akt die Regierung eines Landes auf ein anderes Staatsoberhaupt übergeht. — Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrags des Referenten, den Vertrag mit Waldeck zu genehmigen, angenommen (dagegen nur einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei wie Duncker, Virchow und Jacoby), und der zweite Theil mit dem Amendement Bassenge verworfen (dafür die Fortschrittspartei und die Mehrzahl der Nationalliberalen).

Es folgt der Bericht der Kommission für das Gemeindewesen über Petition, betreffend die Reform der Kreis- und Provinzial-Ordnung, sowie der ländlichen Polizei und den Erlaß einer Gemeinde-Ordnung. Referent Abgeordneter Lette beantragt Ueberweisung an die Staats-Regierung mit der dringenden Aufforderung, die gewünschten Vorlagen noch in dieser Session zu machen. (Das Haus ist halb leer.) Die Abgeordneten von Boetticher, Heise und Genossen beantragen Ueberweisung mit dem Ersuchen, baldmöglichst den Entwurf einer Kreis- und Provinzial-Ordnung, sowie eines Gesetzes wegen Reform der gutsherrlichen Polizei vorzulegen.

Abg. Waldeck beantragt folgende Resolution: Das Haus der Abgeordneten fordert die Königliche Staatsregierung auf, unter Abschaffung aller entgegenstehenden, auf ständischen, feudalen und Sonderinteressen beruhenden Gesetze und Einrichtungen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Einführung bezüglich Wiedereinführung Einer Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für den ganzen Staat auf den Grundlagen 1) der Gemeindeangehörigkeit aller im Gemeindebezirke belegenen Grundstücke und aller Einwohner des Gemeindebezirks mit Abschaffung des vom Gemeindeverbande ausgeschlossenen sogenannten Gutsbezirks; 2) der Selbstverwaltung der inneren und besonderen Angelegenheiten der Gemeinden, Kreise und Provinzen, einschließlich der den Gemeinden zustehenden Ortspolizei, durch gewählte Vertreter und Vorsteher; 3) des Gemeindewählerrechts jedes Einwohners, der eigenen Hausstand hat, keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt und die Gemeindeabgaben bezahlt hat, ohne Unterschied des größeren oder geringeren Besitzes, und ohne Abtheilung in Klassen oder Stände, welche dem Art. 4 der Verfassung widerstreitet; 4) der Wählbarkeit aller Gemeindewähler, sowohl zu Gemeinde- als Kreis- und Provinzial-Vertretungen und der Berechtigung derselben, die Vertreter der Kreise und Provinzen nach dem Grundsatze ad 3 zu wählen. — Abg. v. Böttticher vertritt seinen Antrag, da er die Regierung nicht drängen will. — Abg. Dr. Löwe: Es ist uns mit unserem Antrage durchaus Ernst und auch die Konservativen werden begreifen, daß jede Reform in diesem Gebiet mit dem Anfange, nämlich mit der Gemeinde, anfangen muß. Während des Konflikts sollten wir Schuld sein, wenn die Regierung mit ihren auf Vorrath gearbeiteten Reformgesetzen nicht vorwärts kam; jetzt besteht der Konflikt nicht, aber wo bleiben die Reformen? — Minister des Innern: Die Regierung erkennt an, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Kreis- und Gemeindeverfassung reformfähig und reformbedürftig ist. Am meisten meint sie, ist dies der Fall bei der Kreisverfassung, und nach dieser Richtung hin haben sich daher auch die Verordnungen in den neuen Provinzen bewegt. Auch für die alten Provinzen soll in kürzester Frist nach einem gleichen Ziele hin vorgegangen werden. Ich werde mich dazu des Rathes einiger Herren aus dieser Versammlung zur Vorberathung versichern, und beabsichtige, womöglich noch im Laufe dieser Session, den Entwurf einer Kreisverfassung dem Landtage vorzulegen. Eine Provinzial-Ordnung aber kann nach unserer Ansicht erst dann vorgelegt werden, wenn dieselbe sich an eine schon bestehende Kreisverfassung eng anschließen kann, wogegen die Gemeinde-Verfassung einstweilen noch zurückbleiben kann. Wir sind endlich der Meinung, daß die Polizeigerichtsbarkeit auf dem Lande, trotz mancher praktischer und auch wohl theoretischer Mängel, an denen sie leidet, vorläufig noch erhalten werden muß, so lange die Regierung sich noch nicht klar darüber geworden ist, auf welche Weise die vorhandenen Uebelstände durch etwas Besseres ersetzt werden können. Vorläufig hält sie diese Polizeigerichtsbarkeit für eine Institution, die, wenn auch nicht sehr erfolgreich, so doch sehr bequem wirkt. (Aha! links.)

Abg. Graf Bethusy-Huc polemisirt gegen den Antrag Waldeck's, der gegen das Naturrecht verstoße durch die Gleichstellung des Grundbesitzers mit jedem Besitzlosen in der Gemeinde, desgleichen gegen den des Abg. v. Böttticher, dessen konservative Unterzeichner im Jahre 1861 mit ihm, dem Redner, denselben Antrag unterschrieben haben. Frage man, was an die Stelle der gutsherrlichen Polizei zu setzen sei, so erkläre er dreist, daß jeder Ersatz ein geringeres Uebel sei, als das bestehende Institut. — Abgeordneter Wagener (Neustettin): Der Herr Graf Bethusy hat schon öfters einen üblen Einfluß auf die konservative Partei geübt; er und der Abg. Hoffmann mögen ihre parlamentarische Produktion nicht als Monopol des wahren Konservatismus vertreiben. Konservativ war Herr Hoffmann nicht, nur unklar (Heiterkeit) und Abg. Dr. Löwe hat ihm das auch sofort mit der korrekten Konsequenz der Demokratie nachgewiesen. Der Antrag der Kommission ist ein stilles Mißtrauensvotum gegenüber der feierlichen Zusage der Thronrede. Man kann eine bessere Provinzial- u. s. w. Ordnung wünschen, aber eine neue? Wie können nur politische Männer solche himmelblaue Dinge aussprechen? Dann aber hat Waldeck die Sache wenigstens konsequent angegriffen. Wenigstens lasse man die neuen Provinzen aus dem Spiel, die keine Veränderung in der Richtung zu preußischen Organisationen hin wünschen. Die Regierung legt aber die bessernde Hand an in dem Sinne, daß die reformirten Körperschaften Verwaltungsrechte erlangen. — Abg. Waldeck: Die Eile, mit der der Landtag seine Geschäfte betreibt, vielleicht betreiben muß, zwingt das Haus, die hochwichtige Ange-

legenheit anläßlich der Petition zu behandeln. Redner motivirt seine Anträge in einem sehr ausführlichen Vortrage. — Unter wachsender Unruhe spricht Abg. v. Diest gegen den Antrag der Kommission. Anträge auf Schluß werden eingebracht. Abg. Lasker zur Geschäftsordnung: (Rufe rechts: Lauter!) Meine Herren, ich fange ja erst zu sprechen an. (Große Heiterkeit.) Ich beantrage Zurückweisung der Waldeckschen Anträge an die Kommission, da das Haus nicht zur Genüge zu einer Entscheidung vorbereitet ist. — Es folgt eine Fluth persönlicher Bemerkungen, in denen namentlich die Konservativen und freien Konservativen wechselseitig gegen einander protestiren. — Um $4\frac{1}{2}$ Uhr verlangt Abg. Lette als Referent das letzte Wort, ein Wunsch, der mit stürmischem Murren aufgenommen und dessen Erfüllung nur durch die Energie des Präsidenten ermöglicht wird. — Der Antrag Lasker's wird abgelehnt, desgleichen die Anträge Waldeck's und v. Boetticher's, und der der Kommission wird angenommen. — Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Kronbotation, Etat des Finanz- und Justizministeriums.

Stuttgart, 9. Dezember. Am Sonnabend hatte Seine Königl. Hoh. der Prinz Friedrich einen Unfall zu bestehen, der leicht bedenkliche Folgen hätte nach sich ziehen können. Auf der Rückkehr von der Jagd wurden die vier den Jagdzug des Prinzen bildenden Pferde scheu, gingen durch und warfen den Wagen um. Der Prinz erlitt glücklicher Weise keine weitere Verletzung, als eine allem Anscheine nach nicht sehr erhebliche Verwundung der Stirnhaut.

Stuttgart, 11. Dezember. Im Abgeordnetenhause fand heute die Debatte über die Gesandtschaften statt. Minister von Varnbueler spricht über die Politik Würtembergs und erklärt sich sehr energisch gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund. Der Eintritt würde Würtemberg jährlich 5 Millionen kosten, er würde die Eisenbahnen und Posten in fremde Hände bringen. Die Regierung habe mit den von ihr abgeschlossenen Verträgen ihr Aeußerstes gethan und ihre nationale Pflicht erfüllt. Der Minister schließt damit, daß die Auflösung der Kammer erfolgen würde, wenn dieselbe einen auf den Eintritt in den norddeutschen Bund gerichteten Antrag annähme. — Hölder und Römer entgegnen, der Minister werde den Verhältnissen Rechnung tragen müssen. Die Kammer erklärt sich schließlich gegen das Fortbestehen der Gesandtschaft in Florenz.

Ausland.

Wien, 11. Dezember. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Generaldebatte über das Gesetz, betreffend den finanziellen Ausgleich mit Ungarn fortgesetzt. Herbst spricht energisch für den Gesetzentwurf; Skene vertheidigt den Antrag der Minorität des Ausschusses; der Finanzminister spricht in einer längeren Auseinandersetzung für die Anträge der Majorität. Nach denselben betrage der Beitrag Ungarns zu den gemeinsamen Angelegenheiten 56,000,000 Gulden, die bisherige thatsächliche Leistung Ungarns höchstens 55 Millionen, daher sei ein Ausgleich billig. Für die cisleithanischen Länder aber sei der Ausgleich wegen der Fortbezahlung der Zinsen dringend nothwendig. Der Finanzminister Becke kündigt ferner einen Gesetzvorschlag an zur Verhütung der Zahlungsstockung bis zum vollendeten Finanzausgleich, indem er bemerkt, daß die momentane Lage der Finanzen nicht so düster sei, als behauptet werde. — Nach den Angaben des Ministers betragen in dem cisleithanischen Budget für 1868 die Einnahmen 195 Millionen Gulden, die Ausgaben 248 Millionen; das Deficit mithin 53 Millionen. Die Einnahmen aus den direkten Steuern seien aber um 2,700,000 Gulden, aus den indirekten Steuern um 3,500,000 Gulden höher, als sie veranschlagt worden. Der Ertrag der Steuern sei überhaupt um 21 Millionen Gulden höher, als im Vorjahre, daher sei der Finanzminister um Deckungsmittel für die Auslagen nicht in Besorgniß und was die Regierung auch in Vorschlag bringe — der Staatsbankerott werde es nicht sein. — Die Finanznoth sei in den eigenthümlichen Verhältnissen des Reiches und in den unentwickelten sozialen Zuständen begründet, auch sei es schwer zu sagen, ob Rettung möglich sei. Der Minister hoffe zwar auf Rettung, aber dieselbe sei nur durch die Hebung der Leistungsfähigkeit und der Arbeitskraft des Volkes, durch Reformen in der Volkswirthschaft, im Unterrichte und Steuerwesen erreichbar. — Der Reichskanzler v. Beust verwahrt sich nochmals gegen die Beschuldigung, daß er die Presse beeinflusse, indem er eine sachliche Ausführung für morgen verspricht.

Paris, 11. Dezember. Der heutige „Moniteur“ übergeht die Sitzung des italienischen Parlaments vom 10. d. M. mit Stillschweigen, veröffentlicht jedoch eine vom 3. d. Mts. datirte Korrespondenz aus Florenz, welche über die Parlamentssitzung vom 7. berichtet und die Rede, in welcher Menabrea sein Programm aufstellt, in folgender Weise beurtheilt: „Diese Rede, welche einigen Widerspruch bei der Linken erregte, fand mehrfachen Beifall bei der Rechten und wird unzweifelhaft im ganzen Lande einen tief befriedigenden Eindruck machen.“ Dieselbe Korrespondenz schließt folgendermaßen: Alles läßt eine tiefe Beruhigung der Agitation ahnen, welche ungeachtet ihrer thatsächlichen Folgen keinen tiefgehenden Anhang in den Gefühlen des Landes hat.

Paris, 11. Dezember. Die Wochenrundschau des Abendmoniteurs knüpft an die jüngsten Erklärungen Moustiers und Rouhers im gesetzgebenden Körper an, und hebt die Bedeutsamkeit des fast einstimmig von letzterem der Regierung votirten Vertrauensvotums hervor und sagt, niemals habe ein so vollständiges sympathisches Einvernehmen zwischen der Regierung und jener Versammlung stattgefunden. Hierin liegt ein Zeugniß der Zustimmung in Betreff der Vergangenheit und des unbedingten Vertrauens auf die Zukunft. Jenes Votum verleihe der französischen Diplomatie eine neue Stärkung. Die Kaiserliche Regierung fahre fort, den Beistand der Mächte für das Werk der Beruhigung und Gerechtigkeit anzurufen, welches sie im Interesse des Papstthums sowohl wie Italiens verfolge. Anstatt zur Mißachtung und zur Gleichgültigkeit gegen die Einheit Italiens aufzurufen, wünsche die Regierung vielmehr, daß der gegenseitige Haß und das Mißtrauen aufhörten, die Regierung wünsche den Augenblick zu beschleunigen, wo Italiens völlig konstituirte Einheit zu der Einsicht käme, daß sie die Souveränetät des Papstes beschützen müsse. Die Regierung glaube, daß die Rathschläge Europa's einen glücklichen Einfluß würden ausüben können, um den Gedanken der Versöhnung zu Geltung zu bringen. Die Conferenz, so schließt die Rundschau, hat nichts von ihrer Nützlichkeit verloren. In diesem Sinne hat sich die Regierung bei den verschiedenen Kabinetten ausgesprochen. Die eingeleiteten Unterhandlungen dauern fort.

— „Patrie“ versichert, daß der Referent der Militärkommission des gesetzgebenden Körpers, Greffier, am nächsten Donnerstag seinen Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Armee-Reorganisation, der Kammer vorlegen werde. Dasselbe Blatt glaubt auf Grund Florentiner Depeschen zu der Annahme berechtigt zu sein, die italienische Deputirtenkammer werde in der Abstimmung über die Interpellationen motivirte Tagesordnung annehmen, durch welche die Wiederholung des Beschlusses vom 20. März 1861, welcher Rom zur Hauptstadt Italiens proklamirte, vermieden werde. — Privatbriefe, welche die „Agence Havas“ aus Florenz erhalten haben, lassen übrigens an der Richtigkeit der Annahme der „Patrie“ zweifeln.

Italien. Der „Allg. Ztg.“ wird geschrieben: „Mit den letzten gefangenen Garibaldianern ist auch die Leiche Enrica Cairoli's, der bei Rom gefallen, in seine Vaterstadt Pavia zurückgebracht worden, um später in der Familiengruft zu Groppello beigesetzt zu werden. Bei der Uebertragung am 1. Dezember empfingen der Gemeinderath, die Universität und die übrigen Vereine von Pavia die Leiche, während die ganze Stadt in Trauerschmuck gehüllt war. Die Familie Cairoli verdient um so mehr die Theilnahme, als eine so reine und opferwillige Begeisterung für die Sache des Vaterlandes immer seltener wird. Der Bewunderung werth ist besonders die Mutter dieser edlen Söhne, welche zwei ihrer Kinder sterben und alle für die Einheit Italiens bluten sah, ohne je den Schmerz der Mutter über das Interesse des Vaterlandes zu stellen. Als der politische Verein von Mailand ihr eine Beileids-Adresse zuschickte, schrieb diese moderne Römerin unter Anderem: Mit unbeschreiblicher Bewegung empfing meine schwergeprüfte Seele die erhabenen Worte der Theilnahme und des Wohlwollens, welche jener politische Verein meinen theuren Märtyrern und ihrer unglücklichen, wenn auch noch immer beneidenswerthen Mutter gewidmet hat. . . . Möge das Blut meines angebeteten Enrico, meiner und unserer übrigen Märtyrer nicht vergeblich vergossen sein! Im Vertrauen, daß bald bessere Tage für unser unglückliches Vaterland kommen werden, finde ich den Muth zu leben und zu kämpfen, gehoben von der zärtlichen Liebe meiner beiden überlebenden Söhne.“

— „Italie“ meldet, die Regierung habe eine Kommission aus höheren Genie- und Artillerie-Offizieren ernannt und beauftragt, Vorschläge zur Verstärkung der Festungen Mantua, Verona und Peschiera auszuarbeiten; auch wären in den letzten Tagen Sendungen von Geschütz nach diesen Festungen abgegangen und andere würden folgen.

Florenz, 11. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die gestern begonnene Debatte ohne erheblichen Zwischenfall fortgesetzt. Massari hält eine Führung der Linken nicht für geeignet, um nach Rom zu gelangen. Crispi dementirt die ihm zur Last gelegte Abschickung einer angeblichen Depesche Ratazzi's des Inhalts, Garibaldi passiren zu lassen. Ferrari erklärt, die konservative Partei habe Ratazzi in keiner Weise ermuthigt, nach Rom zu gehen. Das Programm Garibaldi's sei das alte Programm Ricasoli's.

Rom, 11. Dezember. Die päpstlichen Ingenieure fahren eifrig fort mit der Befestigung der Kastelle St. Angelo, Monte Maro und Janicula. Zwölftausend Kreuze werden geschlagen, welche am 24. Dezember an die Truppen zur Erinnerung an den letzten Feldzug vertheilt werden sollen. Man hat wiederum 3 Kasernen entdeckt, welche theilweise unterminirt waren.

London, 9. Dezember. Der in Liverpool explodirte griechische Dampfer „Bubulina“ ruht noch in der Tiefe. Die Taucher haben bis jetzt nur ein 100pfündiges Armstronggeschütz gehoben; die hochgehende See störte ihre Thätigkeit. Von den Verunglückten ist merkwürdiger Weise erst eine Leiche aufgefunden worden.

Petersburg, 11. Dezember. Die offizielle Militärzeitung meldet, daß die Einführung der Zündnadelgewehre nach dem Carlsystem für die Armeebewaffnung die Bestätigung des Kaisers erhalten hat. — In Privatfabriken wird in angestrengtester Weise an der Anfertigung der neuen Gewehre gearbeitet. — Der Kaiser genehmigte, daß die Einführung des neuen Zolltarifs vom 1. Januar 1869 datiren solle.

Die „Börsenzeitung“ meldet, daß die Katholiken Jerusalems das an der Kirche des heiligen Grabes anliegende, früher im Besitze von Türken befindliche Haus gekauft und von dort einen direkten Gang nach der jetzt reparirten Kuppel der Kirche errichtet haben. Die „Börsenzeitung“ meint, eine solche Handlungsweise stehe im direkten Widerspruche zu dem zwischen Rußland, Frankreich und der Türkei abgeschlossenen Traktate, kraft dessen die Kuppel der Kirche in ihrer früheren Gestalt restaurirt worden ist und der Zutritt zu derselben Denjenigen zusteht, die ihn früher hatten.

Pommern.

Stettin, 12. Dezember. Nach dem amtlichen Bericht über die letzte Fischerei-Ausstellung zu Boulogne waren aus Pommern verschiedene Gegenstände eingesandt, so u. a. vom Oberfischmeister Grunwaldt 9 verschiedene Geräthe. Da jedoch denselben nur ein Zettel beigefügt war, so gab dies zu komischen sprachlichen Verwechselungen Veranlassung. Ein Zariennetz wird als Gartennetz „filet pour l'usage des jardins“, ein Bleinetz „filet avec plomb pour la morue“ genannt. — Die Kietzer Fischer aus der Nähe von Köpenitz hatten vorzüglich gearbeitete Netze für Hechte, Barsch, Brassen, Schlei, Gründling, Kaulbarsch, Aalreusen ausgestellt. Die vom Oberfischmeister Jeserich in Stralsund ausgestellten Zeesen figurirten im Kataloge als „Reusen“, die pommersche Zeesenfischerei ist in Frankreich noch ganz unbekannt.

— Die Brigg „Anna und Maria“, Bugdahl, aus und von Stettin nach Graugemouth mit Weizen, liegt, wie aus Helsingör gemeldet wird, ¾ Meilen SW. von Anhalt gesunken, die Besatzung nach der Insel gerettet. Von der Ladung waren bisher 160 Tonnen Weizen in nassem Zustande geborgen.

— Vom 1. Januar ab hören die preußischen Postanweisungen auf und dafür werden andere ausgegeben, mit der Bezeichnung: „Norddeutscher Postbezirk. Postanweisung“. Allerdings wird auch nach dem 1. Januar noch einige Zeit nachgesehen werden, wenn preußische Postanweisungen vorkommen, aber nur bei solchen, welche im preußischen Postgebiet bleiben, bei andern nicht.

— Für die Bildung von Pionierzügen bei den Infanterie-Bataillonen ist angeordnet worden, daß zu deren Zusammenstellung künftighin nur Holz- und Eisenarbeiter in einer Stärke von 36 Mann per Bataillon Verwendung finden sollen.

— Eine Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 22. v. Mts. genehmigt, daß auch den Mannschaften des jüngsten Jahrganges der, in Folge der neueren Organisation, mit Ende dieses Jahres zum Landsturm übertretenden beiden Jahrgänge der bisherigen Landwehr 2. Aufgebots, die für pflichttreue Dienste in der Landwehr gestiftete Auszeichnung, soweit die Berechtigung dazu sonst begründet ist, verliehen werde.

— Zur Beseitigung von Zweifeln ist erläuternd bestimmt worden, daß diejenigen einjährigen Freiwilligen, welche in Folge der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Jahres nur einen Theil ihrer Dienstpflicht abgeleistet haben, zur Erfüllung des Restes ihrer Militärpflicht spätestens zu dem Zeitpunkte eintreten müssen, mit welchem ihr Ausstand abläuft, wogegen sie andern Falles der Berechtigung des einjährigen Dienstes verlustig gehen.

— Der gestern verhaftete Knecht Wilhelm Nörenberg aus Wussow ist geständig, dem Bauern Lockstedt daselbst mittelst Einsteigens vom Keller, aus einem in seiner Wohnstube stehenden Spinde vor etwa vier Wochen 25 Thlr. und vor 14 Tagen nochmals 5 Thlr. gestohlen zu haben. Das Geld hat er größtentheils für Bekleidungsstücke verausgabt.

— Dem Bohlwerk No. 37 wohnhaften Restaurateur R. wurde vor einigen Tagen vom Hausflur ein dunkelbrauner Havelock gestohlen.

— Von gestern bis heute sind wiederum 6 Personen wegen Obdachlosigkeit verhaftet.

— In den Tagen vom 7. bis inkl. 11. d. M. wurden hier an Getreide eingeführt: 1069 Wspl. 12 Schffl. Weizen, 862 Wspl. 10 Schffl. Roggen, 166 Wspl. 20 Schffl. Gerste, 70 Wspl. 21 Schffl. Hafer, 61 Wspl. 10 Schffl. Erbsen und 48 Wspl. 14 Schffl. Kartoffeln.

Neuwarp, 10. Dezember. Die diesjährige Volkszählung ergiebt für unsere Stadt 2209 Einwohner gegen 2228 pro 1864. Der Rückgang in der Bölkerung ist lediglich der vorjährigen durch die Cholera herbeigeführten Sterblichkeit zuzuschreiben, ohne welche eine Zunahme stattgefunden haben würde.

Stolp, 10. Dezember. Wie das „St. J.-Bl.“ hört, ergiebt sich bei der letzten Zählung, nach ungefährem Ueberschlage, für die hiesige Stadt eine Einwohnerzahl von ca. 14,900.

Vermischtes.

Berlin. Der Sohn eines Obersten a. D., Lieutenant a. D., $27\frac{1}{2}$ Jahr alt, wird seit Sonntag Nachmittag vermißt. Er entfernte sich aus der elterlichen Wohnung, Sebastiansstraße Nr. 21, um einen Besuch zu machen, und kehrte nicht wieder zurück. Da der junge Mann kostbare Schmucksachen (Brillantringe, Brillantnadel u. s. w.), sowie eine erhebliche Geldsumme bei sich trug, fürchtet man, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Gera, 5. Dezember. Hier hat sich in jüngster Zeit ein Bund christlicher Jungfrauen gebildet, welche das Gelübde gethan haben: nie zu heirathen. Dieser Bund soll schon acht Theilnehmerinnen zählen. Befremden würde ein solcher Verein nicht, wenn er von Mädchen geschlossen würde, welche schon die Sommerlinie des Lebens passirt und keine Hoffnung mehr haben, in den Hafen der Ehe einzulaufen. Aber die Mehrzahl dieser Verehrerinnen des Cölibats steht noch im blühendsten Lebensalter.

— (Holzpapier.) Die amerikanische Holzgesellschaft zu Manayunk in Pennsylvanien läßt Papier aus Holzbrei fabriziren. Hauptsächlich werden Klötze von Pappelbäumen dazu verwendet. Durch Stahlmesser werden sie in ganz kleine Stücke zerschnitten. Diese Späne werden alsdann in Alkalisäure gekocht und zu einem Brei hergerichtet. Die Fabrik liefert aus diesem Holzbrei täglich 30,000 Pfund Druckpapier.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 11. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Expreß, Koesoed, von Rönne. Wind: N. Revier $15\frac{1}{2}$ F.

Eine Galeas, muthmaßlich aus Holstein, sowie „Ernestine“, Leithoff, letztere für Nothhafen, sind im Ansegeln. Die Dampfer „Dresden“, „Memel Packet“, „Hermann“, „Chanticleer“, „Alma“ und „Sonne“ sind heruntergekommen, fanden Eis im Papenwasser und in der Oder.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Dezember. Witterung: trübe, Nachts Sturm und Regen. Temperatur + 1° R. Wind: NNW.

An der Börse.

Weizen Termine niedriger, loco wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 94–$96\frac{1}{2}$ Rt bez., ungarischer 86–89 Rt, geringer 82–84 Rt bez., feiner 90–92 Rt, poln. bunter 93–96 Rt bez., feiner 98–100 Rt bez., 83–85pfd. gelber Dezember 94 Rt Br., Frühjahr 97, $96\frac{1}{2}$, $96\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Gd.

Roggen matter, pr. 2000 Pfd. loco 73–74 Rt bez., geringer 70 bis 72 Rt bez., feiner 75 Rt bez., Dezember $73\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Br., Frühjahr $73\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer 47–50pfd. Frühjahr $36\frac{1}{2}$ Rt bez.

Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{1}{3}$ Rt Br., Dezember-Januar $10\frac{1}{6}$ Rt Br., April-Mai $10\frac{19}{24}$, $\frac{3}{4}$ Rt bez., Br. u. Gd.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{3}$ Rt bez., mit Faß 20 Rt bez., Dezember und Dezember-Januar $20\frac{1}{24}$ Rt Gd., $20\frac{1}{8}$ Br., Januar-Februar $20\frac{1}{8}$ Rt Gd., Frühjahr $20\frac{5}{6}$, $\frac{11}{12}$ Rt bez. u. Br., Mai-Juni $21\frac{1}{6}$ Rt bez.

Angemeldet. 10,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 94, Roggen $73\frac{1}{2}$, Rüböl $10\frac{1}{6}$, Spiritus $20\frac{1}{12}$.

Hamburg, 11. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco trotz mangelnder Schiffsgelegenheit fest. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 169 Bankothaler Br., 168 Gd., pr. Dezember-Januar $168\frac{1}{4}$ Br., 168 Gd., pr. Frühjahr 170 Br., 169 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., pr. Dezember-Januar 136 Br., 135 Gd., pr. Frühjahr 134 Br., 133 Gd. Hafer fester. Rüböl fest, loco $22\frac{3}{8}$, per Mai $23\frac{1}{2}$. Spiritus still. Kaffee und Zink geschäftslos. — Thauwetter.

London, 11. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesammt-Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 31,350, Gerste 8110, Hafer 37,740 Quarters.

Weizen sehr ruhig, zu Montagspreisen nominell. Gerste und Hafer ruhig, unverändert. Talg $42\frac{1}{2}$. — Wetter feucht.